

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Kein importierter Frieden möglich

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» am Wochenende ein Interview gewährt und über seinen Besuch in Israel gesprochen. Er hat darin die Meinung vertreten, dass der Frieden im Nahen Osten aus der Region selbst kommen müsse und nicht aus Europa importiert werden könne. Man dürfe nicht verkennen, «wieviel leichter es ist, sich heute in Mitteleuropa zum Gewaltverzicht zu bekennen als im Nahen Osten».

Verstärkter Kampf gegen Atomkriegsgefahr

Das Zentralkomitee der sowjetischen kommunistischen Partei hat die Völker aller Länder aufgerufen, den Kampf für die Beseitigung der Atomkriegsgefahr, für die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum sowie für dessen Einstellung auf der Erde zu verstärken. Das steht in dem am Sonntag in Moskau veröffentlichten Losungen der KPdSU-Führung zum 68. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November. Im ganzen sind 44 Losungen aufgeschrieben worden, die die Völker Europas aufrufen, für einen festen Frieden und für eine Zusammenarbeit auf dem Kontinent sowie für die Wiederkehr der Entspannung zu kämpfen. Auch die chemischen Waffen in Europa müssten beseitigt werden.

Ermordete Israelis waren Geheimdienstler

Barcelona (AP) Zwei Anfang des Monats auf grausame Weise in einer Wohnung in Barcelona ermordete Israelis sollen in einem Bericht der unabhängigen spanischen Tageszeitung «El País» vom Sonntag zufolge Angehörige des israelischen Geheimdienstes Mossad gewesen sein. «El País» bezieht sich in ihrem Bericht auf Beamte der spanischen Antiterrorpolizei. Die Antiterrortruppe sei im Verlauf ihrer Untersuchungen zu der Überzeugung gelangt, dass es sich nicht um harmlose israelische Seeleute gehandelt habe, wie von Israel geltend gemacht wird. Offiziell wollte die Polizei zu dem Bericht nicht Stellung nehmen. Die beiden toten Israelis waren am 9. Oktober in einem angeblich von einem palästinenser bewohnten Apartment in Barcelona entdeckt worden. Die Leichen waren übel zugerichtet und schon teilweise in Verwesung übergegangen. Sie wurden als die Seeleute Yaacov Abu und Ron Abu vom israelischen Containerschiff «Zim California» bezeichnet, die seit Anfang Oktober vermisst werden.

3 Tote bei Zugsunglück in der DDR

Die Zahl der Todesopfer des Zugunglücks in der DDR hat sich auf 13 erhöht. Bei den Bergungsarbeiten am Unglücksort bei Magdeburg ist ein weiterer Reisender tot geborgen worden. Die DDR-Nachrichtenagentur meldete am Samstag, dass ein weiterer Reisender im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen sei. Es würden noch 18 Verletzte stationär behandelt. Auf der Strecke zwischen Berlin und Prenzlauerberg, der Grenzstation zur Bundesrepublik Deutschland, waren am Freitag nachmittag ein Personenzug mit Doppelstockwagen und eine entgegenkommende Diesellokomotive auf einem weiten Bauarbeiten nur eingleisig befahrenen Abschnitt frontal zusammengestoßen. Der erste Wagen des Personenzuges wurde die Böschung hinunter. Beide Lokomotiven gingen in Flammen auf. Vermutlich ist menschliches Versagen des Eisenbahndienstleiters die Ursache der Katastrophe gewesen.

Sollen Krankenkassen Zahnarztkosten übernehmen?

Familienbudgets werden oft zum äussersten strapaziert

Viele können ein Lied davon singen: von den hohen Zahnarztrechnungen, die die Familienbudgets oftmals bis ins Unerträgliche belasten. Besonders hart betroffen dabei sind die einkommensschwächeren Gruppen in unserer Gesellschaft, aber auch in vielen Fällen die Kranken, Behinderten und Betagten. So taucht immer wieder die Frage auf, ob die Krankenkassen die Zahnarztkosten übernehmen sollen. Kommt es diesbezüglich oftmals zu Härtefällen, so darf aber auch nicht übersehen werden, dass damit die Krankenkassen erheblich stärker belastet werden, die dann zwangsläufig mit vermutlich massiven Prämien erhöhungen reagieren müssen.

Aus der FBP-Umfrage an über 700 Personen geht deutlich hervor, dass in dieser wichtigen Angelegenheit ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden muss. Die Antworten zeigen die Problematik deutlich auf und die Verschiedenheit der vorgeschlagenen Möglichkeiten deutet auf die Vielschichtigkeit eines Lösungsansatzes hin.

Von den 700 Befragten im Rahmen der FBP-Meinungsumfrage halten 62 Prozent

eine Lösung dieses Problems «für sehr wichtig» oder zumindest «wichtig». Für 38 Prozent ist das «Zahnarztkostenproblem» dagegen unbedeutend oder gar nicht existent.

Interessante Zusatzkommentare

Interessanter aber sind die zahlreichen Randbemerkungen und Anregungen, die zu diesem Thema gemacht wurden:

So bezeichneten viele die Zahnarztkosten als das «grösste soziale Krebsübel unserer Zeit». Andere wiederum sagten: «Es gibt zwar Härtefälle, aber wieviel Sozialstaat wollen wir eigentlich?» oder «Mit solchen sozialpolitischen Zückerchen soll aufgehört werden. Wo das hinführt, sehen wir ja in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland.»

Die Vielschichtigkeit des Problems zeigt sich in weiteren Zusatzkommentaren wie «Wenn Einbezug, dann ohne Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und der Zahnarztkosten: oder «Einverstanden über höhere Steuerabzüge». Andere wiederum wollen von der Übernahme durch die Krankenkassen gar nichts wissen: «Jeder soll seine Zahnarztkosten etc.

selber bezahlen». Viele sehen in einem Einbezug der Zahnarztkosten in die Krankenkassen schlussendlich «zu hohe Prämien».

Aus der Umfrage kann gefolgert werden, dass es sich – wie eingangs erwähnt – um ein vielschichtiges Problem handelt, aber dass es mittels eines tragfähigen Kompromisses gelöst werden muss. Dabei darf nicht übersehen werden, dass in der Bevölkerung das Problembewusstsein «Sozialstaat» gewachsen ist.

FBP: Härtefälle ausschalten

Für die FBP gilt es jetzt einen Weg zu finden, inwieweit man das Problem Zahnarztkosten über die Fürsorgegesetzgebung wenigstens für jene Kreise in den Griff bekäme, die nachweisbar damit schwer belastet und damit auch benachteiligt werden: Familien mit kleineren Einkommen und einer grösseren Anzahl von Kindern, auch Kranke, Betagte, Behinderte usw. Auch gilt es sicher die Frage zu prüfen, ob die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von bisher 300 Franken Höchstgrenze pro Person und Jahr nicht spürbar angehoben werden sollten.

Vertrauen der Bürger als grosse Verpflichtung

Balzner Stimmbürger genehmigten Nachtragskredite für Um- und Erweiterungsbau des Gemeindehauses

(hoc) – Am vergangenen Freitag abend waren die Stimmbürger von Balzers aufgefordert im Rahmen einer Gemeindeabstimmung über die Gewährung von Mehrkrediten für den Gemeindehaus-Um- und Erweiterungsbau zu befinden. Von den drei zur Abstimmung unterbrei-

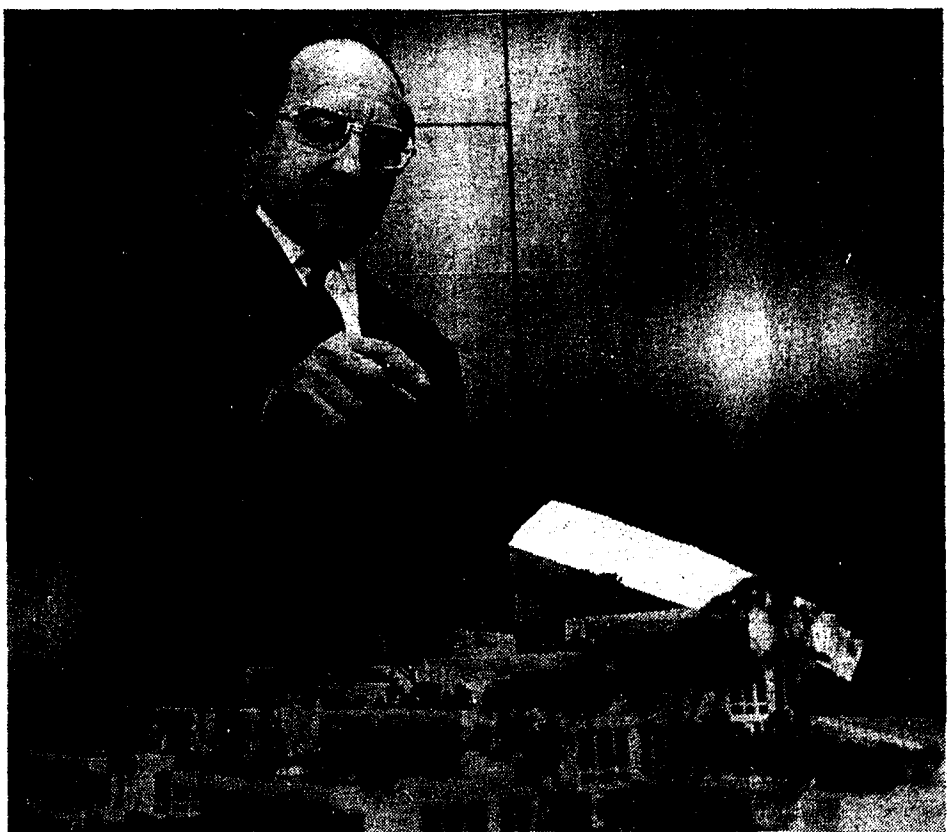
teten Vorlagen haben die Balzner Stimmberechtigten den Zusatzkredit in Höhe von 1 207 500 Franken für den Saal- und Kanzleibau, sowie den Zusatzkredit von 445 000 Franken für den Anbau Nord mit deutlichem Mehr genehmigt. Hingegen lehnten sie die dritte Vorlage,

den Einbau einer Hebebühne im Gemeindesaal (Nachkredit 165 000 Franken), knapp ab.

Von den 735 Stimmberechtigten gingen 390 an die Urne. Bei der ersten Vorlage votierten 225 für die Gewährung des Kredites und 155 dagegen. Zwei Stimmmittel waren ungültig, 8 leer. Bei der zweiten Vorlage (Anbau Nord) gab es 209 JA und 170 NEIN-Stimmen. Die Kreditverpflichtung von 165 000 Franken für die Hebebühne im Gemeindesaal wurde mit 196 Nein zu 181 Ja-Stimmen knapp verworfen.

In einem ersten Kommentar äusserte sich Gemeindevorsteher Emanuel Vogt befriedigt über den positiven Ausgang der Abstimmung. Dieses Vertrauen der Bürger verpflichte die Gemeindebehörde mit Nachdruck, gemeinsam ein zweckmässiges, schönes, und auf die Bedürfnisse der Einwohnerschaft ausgerichtetes Gemeindehaus zu erstellen. Als Termin des Baubeginns nannte Vorsteher Emanuel Vogt Mitte Februar 1986. Das Projekt sollte dann bis etwa September 1987 fertig erstellt sein. Es ist das erste Mal in Liechtenstein, dass eine Gemeindebehörde mit der Bitte um Nachkredite vor Baubeginn an die Bürger getreten ist. Der neue Weg ist vom Balzner Stimmbürger honoriert worden.

● Unsere Aufnahme zeigt den Balzner Gemeindevorsteher Emanuel Vogt bei der Vorstellung des Umbau- und Erweiterungsbauprojektes Gemeindehaus Balzers.



Der Schweizer Aussenminister Aubert in Jerusalem:

«Jordanien will den Frieden mit Israel»

Jerusalem (spk) Im Rahmen einer Arbeitssitzung mit Israels stellvertretendem Premier- und Aussenminister Yitzchak Shamir versicherte Bundesrat Pierre Aubert am Sonntag nachmittag dem israelischen Amtskollegen, dass Jordanien mit Israel Frieden schliessen wolle. Dies sei sein eindeutiger Eindruck während seines Besuches in Amman im Rahmen seiner im Laufe des Jahres aufgenommenen Kontakte in einigen Hauptstädten des Nahen Ostens gewesen.

Aubert gab auch Eindrücke aus Gesprächen in übrigen arabischen Hauptstädten wieder, beispielsweise in Tunis, und sagte, es sei äusserst wichtig, den Friedensprozess fortzusetzen. Die Schweiz erkläre sich bereit, dabei nach Kräften behilflich zu sein, wie der Spre-

cher des israelischen Aussenministeriums Avi Pazner, der der Sitzung beigewohnt hatte, der spk mitteilte.

Terrorismus vergiftet die Atmosphäre

Aussenminister Shamir erläuterte den Schweizer Gästen, es sei gegenwärtig schwierig, über Frieden zu sprechen, wo ja Israel genötigt sei, sich mit dem Problem des Terrors auseinanderzusetzen.

Dies sei nicht gerade die idealste Atmosphäre für Fortschritt auf dem Wege zum Frieden. Der Terrorismus, fand Shamir, sei ausserstande, den Staat Israel zu vernichten. Er könne jedoch die Atmosphäre vergiften und eine Situation herbeiführen, in der ein Fortschritt auf dem Wege zum Frieden unmöglich sei. Dies sei das

wirkliche Ziel der PLO. Die Gefahr sei, dass auch Israels Nachbarstaaten (er meinte vornehmlich Ägypten) sich vom Fahrwasser der PLO mitreissen liessen.

Wunsch nach Direktverhandlungen

Shamir wiederholte schliesslich Israels Wunsch nach Direktverhandlungen mit Jordanien und mit der PLO nicht hörigen Palästinensern. Diese könnten Vertreter der von Israel besetzten Bezirke Judäa/Samaria (West-bank) und Gaza sein. Israel habe dies Jordanien vorgeschlagen und wiederhole diesen Vorschlag mit den wichtigsten Intentionen. Israel sei der Schweiz auch für das Angebot dankbar, sich vermittelnd zur Förderung des Friedens einzuschalten.



Sport am Wochenende

Vaduz unterlag in Balzers 1:0

Ein Kopfball von Manfred Büchel sieben Minuten vor Spielende entschied dieses liechtensteinische Erstliga-Derby gestern nachmittag vor rund 800 Zuschauern. Es war kein hochklassiges Spiel, das die beiden Teams boten. Dafür waren Kampf, Einsatz und Härte Trumpf. Vaduz – ohne die verletzten Moser M. und Marxer – tat sich äusserst schwer gegen die diszipliniert spielenden Balzner. Auch als Alex Haas des Feldes verwiesen wurde und Balzers mit 10 Mann ab der 60. Min. spielen musste, wendete sich das Blatt nicht zugunsten der Vaduzer, weil sie es nicht verstanden, die vorhandenen Chancen zu verwerten. Der 1:0-Sieg geht deshalb völlig in Ordnung.

Bild: Gelb für Manfred Frick. Der Lokalkampf war von harten Einsätzen geprägt.

2. Liga: USV im Vormarsch

Mit einem verdienten 5:2-Heimsieg über Ragaz befindet sich der USV im Aufwind und Vormarsch in der Tabelle. Trotz Fehlens mehrerer Stammspieler hatte Ragaz nie den Hauch einer Chance, diesen wichtigen Kampf zu gewinnen. Der USV glänzte durch seine offensive Spielart.

Gelungener Saisonauftakt für Galina

Einen gelungenen Auftakt verzeichnete der Nati-B-Club Galina Schaan in der Volleyball-Meisterschaft gegen den TV Muttenz, der 3:0 abgefertigt wurde.

Motocrossclub Triesen: Alex Marxer Meister

Alexander Marxer heisst der inoffizielle Motocross-Landesmeister 1985. Er setzte sich gegen 16 Konkurrenten durch.



Heute Nominationsversammlung in Eschen

Heute Montag um 20.15 Uhr findet im Hotel «Brühlhof» in Eschen die Nominationsversammlung der FBP Eschen-Nendeln statt. An der Versammlung werden auch Parteipräsident Dr. Herbert Batliner und der FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, Dr. Herbert Wille, zugegen sein. Dr. Wille wird sich in einem Kurzreferat zu bevorstehenden Gesetzesrevisionen äussern. Der Rest des Abends ist gedacht für die freie Diskussion über aktuelle landes- und gemeindepolitische Fragen und Themen. Die FBP-Ortsgruppenleitung hofft auf zahlreichen Aufmarsch der Parteifreunde. Besonders richtet sich die freundliche Einladung auch an die Damen und an die Jugend, an dieser interessanten, aber auch wichtigen Veranstaltung teilzunehmen.